

Johann Gaisbacher, Karl Kaser, Christian Promitzer, Barbara Sax u. Johann Schögler, Hg., *Krieg in Europa. Analysen aus dem ehemaligen Jugoslawien*, Graz: edition sandkorn 1992.

Die Herausgeber/innen, allesamt Mitarbeiter/innen des Magazins *Ost-West-Gegeninformationen*, stellen mit diesem Sammelband nicht den Anspruch, den ‚gordischen Knoten‘ Jugoslawien zu entwirren, aber zumindest „Teilerklärungen für die Genese des Konflikts“ zu bieten, um damit die „ungeheure Komplexität des Geschehens etwas transparenter zu machen“. Die erklärten Kriterien für die Auswahl der Beiträge waren das Engagement der Autoren und Autorinnen für eine friedliche Lösung des Konflikts und ihre Absage an die Nationalismen. Die insgesamt 18 Beiträge der großteils aus den verschiedenen Republiken Ex-Jugoslawiens stammenden Autoren und Autorinnen wurden im Sommer 1992 geschrieben, zu einem Zeitpunkt also, als sich der Krieg bereits auf Bosnien-Herzegowina ausgeweitet hatte und sich eine Kantonisierung – sprich: Aufteilung – des erst kurz zuvor von der UNO anerkannten Staates Bosnien-Herzegowina abzuzeichnen begann (vgl. Vance/Owen-Friedensplan vom 30. Jänner 1993).

Der Band gliedert sich in drei Abschnitte. Im ersten und umfangreichsten Teil wird der Versuch unternommen, die Genese des Übergangs vom Titoismus zum militanten Nationalismus zu analysieren. Die zentrale Erklärungskategorie aller Beiträge ist der Nationalis-

mus und die damit zusammenhängende Wahrnehmung und Behandlung der jeweiligen ethnischen Minderheiten in den verschiedenen Republiken. Holm Sundhaussen, Historiker an der Freien Universität Berlin und genauer Kenner insbesondere der Geschichte Kroatiens, versucht an Hand der Teilungspläne für Jugoslawien im 20. Jahrhundert – die sich wie die Vorwegnahme der aktuellen Konflikte lesen – aufzuzeigen, daß schon während des Zweiten Weltkrieges die bosnischen Moslems zwischen die Mühlsteine eines serbenfreien Großkroatiens der Ustascha und dem von den serbischen Tschetniks verfolgten Ziel eines national homogenisierten Großserbien geraten waren: „Die Berichte über die Lage in Bosnien während des 2. Weltkrieges (...) (sind) mit den Berichten des Jahres 1992 fast identisch“ – allerdings mit dem wesentlichen Unterschied, daß es 1941–1945 die Achsenmächte waren, die in Jugoslawien nach dem Motto „divide et impera“ die Spielregeln für den blutigen Kampf zwischen den Völkern entworfen hatten, hingegen der „Konflikt Anfang der neunziger Jahre ohne äußere Einwirkungen“ losbrach. Das historische Verdienst des Titoismus sieht Sundhaussen im Konzept einer breiten Föderalisierung, das der nationalen Vielfalt Jugoslawiens, seiner ethnischen Gemengelage und den sich wechselseitig überschneidenden historischen Ansprüchen Rechnung zu tragen versuchte. Die Ursachen dafür, daß die jugoslawische Integration schon unmittelbar nach Titos Tod brüchig wurde und in den blutigsten Krieg auf europäischem

Boden seit 1945 führte, sieht Sundhaussen im unbewältigten wirtschaftlichen und sozialen Nord-Süd-Gefälle Jugoslawiens, das bei Eintreten der Wirtschaftskrise in den achtziger Jahren einen idealen Nährboden für die Flucht in den Nationalismus bot – ein Nationalismus, der von den Politikern gezielt als Herrschaftsinstrument eingesetzt und von der Mehrzahl der Intellektuellen ideologisch-mythisch untermauert wurde; die durch die ökonomische, insbesondere aber durch den Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus ausgelöste ideologische Orientierungslosigkeit breiter Bevölkerungsteile ließ den Nationalismus „als normale und moderne Reaktion komplexer Gesellschaften in Zeiten der Anomalie“ zum Durchbruch gelangen.

Die in Zagreb und Paris lehrende Philosophin Rada Iveković hingegen sieht in der Berufung auf die Nation nur das Nachreichen einer hastig zusammengedackelten Ideologie als Inhalt für das ideologische Vakuum, das die Erschöpfung der kommunistischen Ideologie hinterlassen hat. Als Paradebeispiel eines nationalistisch-chauvinistischen Ideologieproduzenten hebt sie Dobrica Ćosić hervor, der nicht nur mit seiner Blut- und Bodendichtung den nationalistischen Weg ideologisch aufzubereiten half, sondern als (Ex-)Präsident Serbiens auch politisch umsetzte. Auch die Belgrader Rechtsanwältin Tanja Petrovar sieht die Ursachen des Krieges nicht im ethnischen Haß oder in den konfessionellen Unterschieden; dies seien nur ideologische Waffen, die zum Erhalt der

Massenloyalität eingesetzt werden, um das eigentliche Ziel – das Abstecken territorialer Ansprüche – zu verschleiern. Die Folge ist ein Verfall der politischen und der Rechts-Kultur: „Serbien wird von Menschen beherrscht, die in jeder zivilisierten Gesellschaft und Rechtsordnung ein Fall für die Gerichte wären.“

Das Fehlen einer *civil society* weist der Belgrader Soziologe Mladen Lazić an Hand des Fehlschlagens der Wirtschaftspolitik der letzten Bundesregierung unter Premier Marković nach. Das von Marković entworfene Konzept einer ökonomischen Modernisierung Ende der achtziger Jahre scheiterte am Fehlen der Träger gesellschaftlichen Wandels: „Da diese Reform von Voraussetzungen ausging, die höchstens ihr Resultat sein hätten können, mußte sie Schiffbruch erleiden.“ An Stelle einer Transformation in Richtung einer autonomen bürgerlichen Gesellschaft nahm der politische Wandel pseudo-parlamentarische Formen an; die nationalistische Ideologie sollte verdecken, daß das alte System sich nur in ein neues Gewand kleidete. Der Krieg sollte die inhaltliche Leere der Wirtschaftsprogramme und die totale Unfähigkeit der Eliten kaschieren, die notwendige Umgestaltung der Eigentumsformen und ökonomische Strukturreformen durchzuführen. Die Folge davon ist, daß die Eigentumsstrukturen „in Serbien und Kroatien dem realsozialistischen Modell heute stärker als vor ein paar Jahren“ entsprechen. Lazić bezeichnet die Ökonomie dieser beiden Länder nicht einmal mehr als Kriegswirtschaft, sondern als

„Existenzkampf im vorzivilisatorischen Sinn. Das Drucken von Geld dient nur mehr dazu, die Illusion einer modernen Gesellschaft aufrechtzuerhalten, die in Wahrheit auf dem Tauschhandel basiert“ (Man denke nur an die Fernsehbilder vom Dezember 1993, als ein serbisches Kind verschmitzt die neueste Errungenschaft Serbiens – einen 1-Milliarden-Dinar-Schein, vor die Kamera hielt.). Bitter resümiert Lazić (im Juli 1992!), daß – selbst wenn der Krieg bald beendet werden sollte – dies dennoch bedeute, daß „unter den gegebenen Umständen (...) die nationalen Nachfolgewergstaaten Jugoslawiens dazu verdammt sind, unterentwickelte, abhängige Peripherieländer zu bleiben“.

Die ideologischen und ökonomischen Aspekte werden von dem Ljubljaner Soziologen Rastko Močnik um eine psychoanalytische Dimension erweitert. Die Frage, warum das Volk Eliten wählt (und für sie auch bereit ist zu sterben), „die versprechen, Träume wahr werden zu lassen, die vor Jahrhunderten geträumt wurden“, versucht Močnik mit dem materialistischen Erklärungsmuster der historischen Wiederholungen zu beantworten. Er konstatiert einen „psychotischen Zustand der neuen Machthaber“, die – mittels Vernichtung der Pressefreiheit und Überflutung der Öffentlichkeit mit nationalistischer Ideologie – die Menge verleiten, die Psychose zu teilen. Diese Psychose besteht – nach Močnik – darin, von Europa die „Absolution von ihrer nicht existierenden Schuld am Vatermord zu erbit-

ten“ – ein „Vatermord“, der in der „Liquidierung des geliebten Wesens Kommunismus“ bestehen soll. Ebensovienig überzeugend wie seine psychoanalytischen Interpretationsversuche soziohistorischer Prozesse sind Močniks verallgemeinernde Schlüsse, die er aus dem staatstheoretischen Ansatz vom Nationalismus als Basis für den Aufbau eines repressiven Apparates – den Nationalstaat – zieht: die von Močnik konstatierte „direkte Unterdrückung und indirekte Zensur“ als „unmittelbare Effekte der Ghettoisierung von Gesellschaften in Nationalstaaten“ hat für den Fall Jugoslawien durchaus Gültigkeit, doch läßt sich diese Formel nicht generell – weder in der Vergangenheit, noch in der Gegenwart – für alle im Entstehen begriffenen Nationalstaaten in dieser Absolutheit und mit dieser blutigen Konsequenz einsetzen – das Beispiel des Nationswerdungsprozesses in der ehemaligen Tschechoslowakei mag hier als Gegenbeispiel dienen.

Einen macchiavellistisch-politstrategischen Erklärungsansatz für die Entstehung und den Verlauf des Krieges bietet der in Skopje lehrende Philosoph und Anthropologe Ferid Muhić an. Von der These eines bewußt arrangierten politischen „Domino-Effektes“ ausgehend, spürt Muhić der Frage nach, wer die Dominosteine aufgestellt hat und wer den ersten Stein warum und mit welchem Ziel umgestoßen hat. Muhić sieht das auslösende Moment im Tod Titos, der zum Versuch Serbiens führte, seine Politik verstärkt territorial und national auszurichten, mit dem Ziel,

das Machtgleichgewicht der Republiken so zu verändern, daß Serbien jene Macht und Größe erreichen sollte, welche dieser Republik nach Meinung ihrer Eliten zusteht. Serbien warf die Frage nach der „Aufteilung des jugoslawischen Kuchens“ auf und bediente sich dabei jeweils nach Bedarf einer historischen (Kosovo), einer demographischen (Krajina, Knin, Ostslawonien) oder aber besitzrechtlicher Argumente (in Bosnien erklärt Serbien alles Land, das sich nicht im Privatbesitz von Kroaten oder Moslems befindet, einfach zu serbischem Gebiet). Dann kündigte Serbien einseitig die Verfassung von 1974 auf und löste mit diesem – nach Ansicht von Muhić – sehr genau kalkulierten Schritt die Gelüste der anderen Republiken aus, sich ebenfalls zum Souverän des nicht privaten Grundeigentums zu machen. Das Problem lag in der Folge nur mehr darin, von welcher Seite aus Serbien die so aufgebauten Dominosteine umstoßen sollte, ohne eine Stockung im Ablauf zu riskieren. Slowenien erfüllte dabei lediglich die Aufgabe eines Initialzünders: Zu keinem Zeitpunkt dachte Serbien (das im ethnisch homogenen Slowenien keine Gebietsansprüche stellte) ernsthaft daran, das Ausscheren Sloweniens aus dem Vielvölkerstaat zu verhindern. Der kalkulierte Gewinn aber war Bosnien. Insbesondere die kroatischen Eliten akzeptierten die von Serbien diktierten Spielregeln begierig, ohne zu bedenken, daß Serbien, allein aufgrund seiner militärischen Macht, nach diesen Spielregeln automatisch der Stärkste sein würde.

Muhić kommt zum Schluß, daß Jugoslawien keineswegs in den Krieg hineingeschlittert ist, sondern daß es „sich vielmehr um ein geplantes Verbrechen der politischen Führung von Serbien und Montenegro“ handelt. Vor diesem Hintergrund ist für Muhić eine „echte Lebensperspektive“ auch nur sehr vage in Sicht, nämlich dann, „wenn nicht nationalistische Ideologie, sondern zivile Grundsätze sich durchsetzen“. Wie dies zu erreichen wäre, läßt auch Muhić unbeantwortet.

Von einer theoretischen Warte aus bezweifelt Vlasta Jalušić, Soziologin in Ljubljana, prinzipiell die Durchsetzbarkeit eben dieser zivilen Grundsätze. Sie antwortet auf die von ihr gestellte Frage „Kriegsziel Demokratie?“ mittels einer deterministischen Ableitung gleich selbst: In Jugoslawien finde ein „Kampf innerhalb der Demokratie“, ein „Krieg um der Demokratie willen“ statt. Diese vordergründig provokante Aussage leitet Jalušić aus dem nicht auflösbaren Widerspruch ab, daß eine Demokratie im westlichen Sinne nur über Nationalstaaten erreichbar ist, hingegen eine nationalstaatliche Ordnung in Ost- und Südosteuropa wegen der ethnischen Inhomogenität des Raumes ohne gewaltsame Eingriffe in Form von ethnischen Vertreibungen nicht verwirklicht ist. Zudem fehle in Jugoslawien das Subjekt der Demokratie (das bestenfalls in Form des Militärapparates existierte) – ein Manko, das durch das „Paradigma der zivilen Gesellschaft“ als Ersatz-Subjekt von Intellektuellen nur in der Theorie ausgeglichen werden konnte. Jalušić po-

stuliert, „daß die Demokratie nur als Mehrheitsprinzip innerhalb eines bestimmten Territoriums oder, genauer, innerhalb des Territoriums eines Nationalstaates eingeführt werden kann und kein auf dem Grundsatz der Gleichheit basierendes politisches Prinzip darstellt“. Da in Jugoslawien ein solches Mehrheitsprinzip nicht auf dem gesamten Territorium möglich gewesen ist, befand sich der jugoslawische Staat in einem „Prozeß der Demokratisierung“, der dann kollabierte, als Slowenien von der Demokratisierung zur Demokratie-einführung überging. Was in Slowenien gelingen konnte, führte geradewegs zum Zerfall jener Gemeinschaften, die weder einen nationalen noch einen zivilen Umwandlungsprozeß verzeichneten (Kroatien, Serbien) und wegen der multiethnischen Zusammensetzung und dem damit zusammenhängenden Fehlen einer ausreichenden „Menge an nationalem Rohmaterial“ in ihren Republiken auch nicht verzeichnen konnten: „Das Ergebnis war natürlich der Zerfall Jugoslawiens“.

Auch die Vorsitzende der Reformistischen Partei Serbiens, Vesna Pesić, weist darauf hin, daß einem Gesellschaftsmodell, welches auf der ethnischen Zugehörigkeit seiner Bürger gründet, die Grundvoraussetzung für Demokratie – die Gleichheit der Bürger – fehlt. Im Gegensatz zu Regimen in anderen post-kommunistischen Ländern ist das Milošević-Regime kein reformkommunistisches Regime, sondern ein Herrschaftsapparat, der einen „einheitlichen antidemokratischen und anti-

europäischen patriarchalisch-militaristischen Block schafft (...) und die Kontrolle über alle wichtigen gesellschaftlichen Institutionen ausübt“. Erleichtert wird die Herrschaftsausübung dieser konservativen Eliten durch die „Trägheit der serbischen Gesellschaft“, die ihre Ursache in einer defizitären pluralistischen Ausformung der sozialen Schichten und Gruppen findet. An ihrer Stelle existieren subkulturelle konfessionelle und ethnische Gemeinschaften, die als einander entgegengesetzte monolithische Kollektive auftreten und eine demokratische Entwicklung blockieren.

Jalušić wie Pesić erblicken das Grundproblem einer demokratischen Verfaßtheit nicht im politischen Versagen Einzelner, sondern im strukturellen Fehlen eines demokratischen Subjekts bzw. demokratischer Institutionen. Dagegen macht Milorad Pupovac, Sprachwissenschaftler in Zagreb, die Politik der internationalen Gemeinschaft wenn schon nicht für die Ursachen, so zumindest für die Eskalation des Konfliktes verantwortlich: Der Anerkennung der Unabhängigkeit der neuen Staaten hätte die Lösung der Minderheitenfrage vorgehen müssen. Diese unverantwortliche Politik – die ihre vehementesten Verfechter in Deutschland und Österreich fand – habe dazu geführt, daß alle Minderheiten ohne Territorialautonomie zu den tragischen Opfern des Krieges zählen. Pupovac plädiert für eine Kombination aus sezessionistischen Lösungen (Möglichkeit des Anschlusses der mehrheitlich von Albanern besiedelten Gebiete an Albanien), territoria-

len Garantien (Schutz der Staatsgrenzen und der muslimischen Gebiete in Bosnien) und der Regelung des Status von Serben und ihrer Gebiete auf kroatischem Territorium. Da die Minderheiten die Ursache des Krieges sind, sind sie nach Meinung von Pupovac auch der Schlüssel zum Frieden, der nur entweder durch ethnische Säuberungen oder durch politische Lösungen erreichbar sein kann.

Die Chancen für politische Lösungen in Form einer nicht-nationalistischen Politik versucht der Zagreber Philosoph Nenad Zakošek an Hand der innenpolitischen Entwicklungen in den einzelnen Republiken vor Kriegsausbruch auszuloten. Während es in Slowenien zwischen allen politischen Kräften einen Konsens in den fundamentalen Fragen (politischer Pluralismus, staatliche Unabhängigkeit) gegeben hat, kam es in Kroatien Ende der achtziger Jahre zu einer Spaltung innerhalb der kroatischen Reformkräfte in Anhänger einer reformierten jugoslawischen Föderation und Vertreter einer nationalen Option entlang der ethnischen Bruchlinien, die zu einer Polarisierungsdynamik führte: Die Kroaten stimmten 1990 für die rechtsnationale HDZ Tudjmans, die Serben für die nationalistische Serbische Demokratische Partei (SDS). In Serbien hingegen vertrat Milošević zu keinem Zeitpunkt einen wie auch immer gearteten Reformkurs. Seine Ziele lagen in der Festigung der Regimelegitimation vor allem gegenüber einer Opposition von rechts, in der Brechung des Widerstandes der politischen Führun-

gen in den autonomen Provinzen gegen staatliche Vereinheitlichung und politische Gleichschaltung und im Versuch der Errichtung der politischen Vorherrschaft Serbiens innerhalb eines erneuerten kommunistischen Regimes. Vor dieser letzten Zielvorgabe erscheint Zakošek der Krieg „als schwerwiegender Mißerfolg“ Milošević', doch bezweifelt nicht nur der Rezensent, ob Milošević 1990 noch an eine Aufrechterhaltung der staatlichen Einheit Jugoslawiens geglaubt hat oder sich nicht vielmehr mit Territorialgewinnen zufrieden gab. Der Minimalkonsens für politische Lösungen, den Zakošek anführt, liest sich angesichts der blutigen Realität denn auch wie eine illusionäre Wunschliste: Verzicht auf militärische Gewaltanwendung, Aufgabe diverser Hegemonialansprüche, Anerkennung der Republiksgrenzen usw. Wie unrealistisch allerdings die Umsetzung dieser politischen Forderungen ist, wird im Beitrag des slowenischen Politologen Tonči Kuzmanić über „Entmilitarisierung im ehemaligen Jugoslawien“ deutlich. Er stellt fest, daß weder Gewaltlosigkeit noch Gewaltfreiheit in Jugoslawien besonders tief verwurzelte Werte gewesen sind – zu sehr war der nationale, ideologische und konfessionelle Bürgerkrieg 1941–1945 im kollektiven Gedächtnis der Völker verhaftet geblieben. Um eine Wiederholung der blutigen Geschichte unmöglich zu machen, wurden „Komplexe der Angst“ in Form der jugoslawischen Volksarmee und einem auf dem Ideologem der „Brüderlichkeit und Einheit“ beruhenden Bildungssystem ge-

schaffen. Die innenpolitische Gewaltfreiheit beruhte daher nicht auf der (nicht vorhandenen) Existenz einer zivilen Gesellschaft, sondern auf einem hohen Stand der Militarisierung, gekoppelt mit einem ökonomisch relativ erfolgreichen Selbstverwaltungssystem, einer Systemöffnung nach Westeuropa (Tourismus, Arbeitsemigration) und dem internationalen Status als führendes Mitglied der blockfreien Staaten. Erst im Zuge der Entstehung neuer sozialer Bewegungen in den achtziger Jahren tauchte – vorerst in Slowenien – die Forderung nach Entmilitarisierung auf. Die Entmilitarisierungsforderungen wirkten als Katalysatoreffekt beim Übergang der jugoslawischen Teilrepublik Slowenien in einen slowenischen Nationalstaat, in dessen Verlauf das Entmilitarisierungsprojekt zum Transmissionsriemen einer Militarisierung und Nationalisierung der slowenischen Gesellschaft mutierte. In Montenegro und Makedonien ist die Frage einer Entmilitarisierung nicht aktuell, während in Bosnien-Herzegowina die von Izetbegović noch während des kroatisch-serbischen Krieges vertretene Entmilitarisierung Bosniens von der realen Entwicklung blutig überrollt wurde. Für Kroatien und Serbien gilt das Motto der Herrschenden, daß Frieden ausschließlich durch Krieg zu erreichen ist – und selbst die Opposition in diesen Ländern kritisiert Entmilitarisierungsideen. Kuzmanić schließt seinen Aufsatz mit der pessimistischen Aussage: „Die Perspektiven einer Europäisierung Ex-Jugoslawiens sind geringer als jene

einer Jugoslawisierung Europas“. Diese Einschätzung teilt implizit auch der in Zagreb lehrende serbische Historiker Drago Roksandić. Er ist der Überzeugung, daß die Vorstellung der nationalen Eliten, nur mit Abrechnungen und „Endsieg“ die vitalen nationalen Interessen sichern zu können, bereits so tief verwurzelt ist, daß es kaum mehr Platz für politische Alternativen gibt. Eine Chance für einen Frieden wäre längerfristig nur durch die extrem unwahrscheinliche Variante möglich, daß sich die legitimen Vertreter der Kroaten und Serben in Kroatien politisch einigen. Eine solche Option aber hätte (zumindest) den Sturz des Milošević-Regimes in Serbien zur Voraussetzung.

Die skizzierten Analysen werden noch durch einen kurzen historischen Abriss über die Friedensbewegung von Sonja Lokar, einen Beitrag über die ökologische Situation (Zoran Oštrić), einen leider zu wenig differenzierten Artikel zur Rolle der Medien im Krieg (Vesna Kešić) und einen Beitrag von Peter Gstettner und Wladimir Wakounig zur Notwendigkeit interkulturellen Lernens ergänzt. Abschließend fassen die Herausgeber/innen die ihrer Meinung nach wesentlichsten Merkmale des Krieges in Ex-Jugoslawien zusammen:

- Der moderne Nationalismus, der, im Gegensatz zum Nationalismus des 19. Jahrhunderts, ein Massenphänomen ist, dessen Voraussetzungen erst durch die Industrialisierungs- und Modernisierungspolitik geschaffen wurden.
- Das Überdauern patriarchaler Strukturen („patriarchaler Nationalismus“).

- Das Vorhandensein offener Rechnungen aus dem Zweiten Weltkrieg als Folge unbewältigter Vergangenheit.

- Das Versagen der internationalen Staatengemeinschaft, die die neuen Staaten als multiethnische Gebilde und nicht als Nationalstaaten hätten anerkennen müssen.

Die kontroversiellen Einschätzungen der Autoren und Autorinnen hinsichtlich der Genese des Konflikts (z. B. der Nationalismus bzw. ethnische Inhomogenität als treibende Momente versus vorgeschobenes ideologisches Herrschaftsinstrument zur Durchsetzung territorialer Ziele; das strukturelle Fehlen eines „Subjekts der Demokratie“ versus machtstrategisches Agieren der Herrschaftseliten als Auslöser des Krieges) regen zur Reflexion über die eigenen Positionen an. Gerade wegen der Vielzahl der Positionen lassen sich die Kerne des Konflikts gut herauschälen: Es sind nicht die Minderheiten, die allein durch ihre Existenz die Ursache des Krieges sind, sondern die nationalistischen Eliten, die wegen des Fehlens eines pluralistischen Gesellschaftsgefüges den Nationalismus zum Machterhalt und für die Durchsetzung ihrer politischen Ziele instrumentalisieren. Daß die internationale Staatengemeinschaft durch ihre verfehlte Anerkennungspolitik zur Eskalation des Konfliktes beigetragen hat, ist unbestritten. Aus diesem Grund wäre ein Beitrag über die österreichische und deutsche Außenpolitik in Ex-Jugoslawien spannend und erhellend gewesen. Einigermaßen befrem-

dend ist das Vorwort von Paul Parin. Seine Glorifizierung des Titoismus, der „politisch, kulturell und ideell von dem durchsetzt (war), was Mitteleuropa ausmacht“ (z. B. Erbe der Aufklärung, das Recht der Völker auf Selbstbestimmung) gipfelt in der Aussage: „Heute ist in Jugoslawien Krieg, und Europa ist daran schuld“. Parins undifferenzierte Sicht der Dinge wird den oft sehr analytischen und um Differenziertheit bemühten Beiträgen nicht gerecht und hat möglicherweise auch die verquere Titelwahl beeinflusst: denn es herrscht (noch nicht) „Krieg in Europa“, sondern noch immer „Krieg in Ex-Jugoslawien“.

Walter Manoschek, Wien

Gabriele Anderl u. Walter Manoschek, *Gescheiterte Flucht. Der jüdische „Kladovo-Transport“ auf dem Weg nach Palästina 1939–1942*, Wien: Verlag für Gesellschaftskritik 1993.

Es ist oftmals betont worden, daß die Vermittlung der Tragödie des Holocaust nicht nur auf dem Weg des Aufzeigens von „abstrakten“ gesellschaftlichen Ursachen und Zusammenhängen erfolgen kann. Gleichfalls wird die extreme Personalisierung und Beschränkung auf Einzelschicksale als unzureichend empfunden. Gabriele Anderl und Walter Manoschek ist es gelungen, derlei Mängel durch eine Kombination beider Herangehensweisen zu überwinden. Diese Kombination bestimmte schon die Entstehungsgeschichte des Buches. Während sich Gabriele An-